

# Blut an den Händen

Radikale Weiße rufen zum „Dritten Freiheitskrieg“ auf: Sie fühlen sich von Präsident de Klerks Reformen bedroht.

**E**tliche Weinbrand hatten Eugene Terre Blanche in Fahrt gebracht. Wütend, großspurig wie immer, knallte er eine Patrone auf den Tresen. „Die ist für Frederik Willem de Klerk“, tönte der Führer der Afrikaner Weerstandsbewegung (AWB) in einer Bar im Westtransvaal-Städtchen Ventersdorp.

Dort waren am Tag zuvor bei Kämpfen zwischen weißen Rechtsradikalen und der Polizei drei Menschen gestorben und Dutzende zum Teil schwer verletzt worden. Seine Zeche, berichteten Augenzeugen, brauchte der Buren-Ultra nicht zu zahlen.

Die Morddrohung gegen den Staatspräsidenten bestreitet Terre Blanche inzwischen. Gleichwohl ist sie symptomatisch für die Erregung, die Südafrikas radikale Weiße gepackt hat.

Jahrzehntelang herrschte die Afrikaans sprechende Minderheit mit eiserner Hand über die schwarze Bevölkerungsmehrheit. Dann kündigte de Klerk bei der Parlamentseröffnung im Februar letzten Jahres mit wenigen Sätzen – in Englisch zudem – das Ende der Apartheid an. Für viele Buren war das ein Schock, den sie noch immer nicht verkraftet haben.

Lange gab es im gewalttätigen Kapstaat ein ehernes Gesetz: Weiße schie-

Ben nicht auf Weiße. Das letzte Mal hatten Anfang der zwanziger Jahre Ordnungshüter bei Demonstrationen von Minenarbeitern ein Blutbad unter ihren burischen Brüdern angerichtet.

Doch am vorletzten Freitag, als die AWB eine Kundgebung des Präsidenten stürmen wollte, schossen Buren wieder auf Buren, die Angreifer mit Revolvern und Elefantbüchsen, die Sicherheitskräfte mit Schrotflinten und Tränengasgeschossen. Nun entzweit der in Ven-



**Buren-Ultra Terre Blanche**  
Patrone auf dem Tresen

tersdorp aufgeflamte „Broedertwis“ (Bruderzwist) die Minderheit an der Macht. Finanzminister Barend du Plessis und Terre Blanche beschuldigten einander im Fernsehen, „Burenblut an den Händen“ zu haben.

So aufgebracht sind die burischen Eiferer, daß sie am liebsten – nach zwei Aufständen gegen die Briten Ende des vorigen Jahrhunderts – einen „Dritten Freiheitskrieg“ beginnen möchten. Ihre Truppen stehen schon bereit. Nachdem

Mitte der siebziger Jahre die Apartheidszügel erstmals ein wenig gelockert worden waren, kam es zu Abspaltungen im bis dahin monolithischen Burenblock. Inzwischen bereiten sich etwa 70 Gruppen und Grüppchen von Apartheidsfanatikern auf den Endkampf vor.

Die „Schlacht von Ventersdorp“, so spekuliert Südafrikas Presse, kam de Klerk nicht einmal ungelegen. Nun kann der Präsident seine Rolle als moderater Mittler wiederaufnehmen, die gefährdet schien, als herauskam, daß die Regierung Schmiergelder an die Zulu-Bewegung Inkatha gezahlt hatte. Damit sollten die Zulus zu Gewaltakten gegen Nelson Mandelas Freiheitsbewegung African National Congress (ANC) aufgestachelt werden.

Daß die Sicherheitskräfte nun auf Weiße schossen, mag de Klerks beschädigte Glaubwürdigkeit bei manchen Schwarzen reparieren. Deren ungeduldige Forderungen nach schnelleren Reformen kann der Präsident zugleich mit dem Hinweis auf die rechten Widersacher abblocken.

Das unausweichliche Ende der Rassentrennung schürt beim einstigen Herrenvolk Zukunftsängste. Ihre Identitätskrise ist deutlicher ausgeprägt als bei den Englisch sprechenden Weißen, die meist liberaler sind. Anglo-Südafrikaner können sich notfalls leicht absetzen: Zehntausende sind in den letzten Jahren emigriert.

Doch über zweieinhalb Millionen „Afrikaner“, wie sich die Buren selbst nennen, können kaum nach Holland, Deutschland oder Frankreich zurückkehren, woher sie seit Mitte des 17. Jahrhunderts eingewandert waren – in ihrem Selbstverständnis sind sie der einzige weiße Stamm Afrikas. Ihr Überle-



**Polizei-Einsatz gegen Weiße in Ventersdorp: Bruderzwist mit Tränengas und Elefantbüchsen**

ben auf dem Kontinent hängt von der Aussöhnung mit der schwarzen Bevölkerungsmehrheit ab, wie de Klerk mahnt.

Wie tief die Kluft zwischen schwarzen und weißen Afrikanern immer noch ist, offenbart ihr jeweiliges Geschichtsverständnis. Für die einen ist Südafrikas Vergangenheit eine endlose Kette von Ausbeutung, Unterdrückung und Enteignung durch landgierige weiße Eroberer. Erzbischof und Nobelpreisträger Desmond Tutu sagt spöttisch: „Sie befahlen uns, kniet nieder und betet. Als wir die Augen wieder aufmachten, hatten sie uns alles weggenommen.“

Die weiße Minderheit lernt dagegen in den Schulen bis heute die Heldensaga von strenggläubigen Pionieren, die das Licht der europäischen Zivilisation in einen der finstersten Winkel Afrikas trugen. Die Vision eines „demokratischen Südafrika, das frei ist von Unterdrückung“ (de Klerk), muß ihnen wie ein Alptraum erscheinen.

Vor allen Dingen in den ländlichen Regionen wollen viele von dieser Zukunft nichts wissen; dort bleibt vorerst alles beim alten. Bewaffnet mit umgehängten Colts und Sjamboks, Ruten aus Hartgummi, marschieren weiße Ultras in die neuerdings allen Rassen zugänglichen Schwimmbäder, verprügeln nichtweiße Badegäste und sogar Kinder. Auf Afrikaans brüllen sie wüste Verwünschungen gegen die „Kaffernhorden“.

In diesen Gebieten darf noch kein Schwarzer aus dem Township in eine weiße Nachbarschaft umziehen, auch wenn die neuen Gesetze dies erlauben. Wer trotzdem wagt, auf seine wiedergewonnenen Rechte zu pochen, wird nächstens mit Steinen und Brandbomben beworfen.

Bei der Suche nach Terroristen aus dem burischen Radikalenmilieu versagt der Law-and-order-Staat Südafrika. Fast ausschließlich Buren besetzen die höheren Ränge der Sicherheitskräfte; sie verhelfen den neuen Gesetzen – wenn überhaupt – nur zögerlich zum Durchbruch.

Die Rassisten mit ihren Bärten im Stil der Voortrekker erfreuen sich regen Zulaufs. Sie rekrutieren ihren Nachwuchs vornehmlich unter verarmten Weißen. In vielen Städten haben sie Suppenküchen organisiert, vor denen sich Schlangen von arbeitslosen Weißen bilden: Eisenbahner und Bergleute, deren einst sichere Jobs zunehmend von Nichtweißen eingenommen werden. Zur warmen Mahlzeit wird Politpropaganda aufgetischt: Wer, so sollen sie sich fragen, sei wohl an ihrem Unglück schuld?

Den bedrohlichen Konflikten in Südafrika wollen die Kirchen nun eine „Nationale Friedensinitiative“ entgegensetzen. Mitte vergangener Woche erklärten sich die wichtigsten politischen Parteien zur Teilnahme bereit, einschließlich der

Schwarzenorganisationen Inkatha und ANC.

Nur Terre Blanches Weerstandsbeziehung, jedem Dialog zutiefst abgeneigt, zögert noch. Am Prozeß der nationalen Aussöhnung will sie sich allenfalls „unter Umständen“ beteiligen.

Das gilt auch für eine Allparteien-Konferenz, die für Mitte September vorgesehen ist und den Frieden besiegeln soll.

USA

## Tanz um den Brunnen

Der Wahlkampf rückt näher, aber noch immer fehlt den Demokraten ein aussichtsreicher Gegenkandidat zu Präsident Bush.

In fünf der vergangenen sechs Präsidentschaftswahlen verlor der demokratische Kandidat gegen seinen konservativen Gegner; zur nächsten, im kommenden Jahr, will kaum noch jemand antreten.

Fast sehnsüchtig erinnerte sich ein demokratischer Parteistrategen an die vorerst jüngste Niederlage: „Vor vier Jahren waren unsere Präsidentschaftsbewerber wenigstens in den Schlagzeilen.“ Als „sieben Zwerge“ wurden damals die politischen Leichtgewichte verspottet, die dem amtierenden Vizepräsidenten George Bush die Nachfolge Ronald Reagans streitig machen wollten.

Im August 1991 hingegen, nicht einmal sechs Monate bevor die Kandida-

tenkür gemeinhin mit Parteikonferenzen und Vorwahlen in den US-Bundesstaaten Iowa und New Hampshire ernsthaft beginnt, hat erst ein einziger Oppositionspolitiker seine Bereitschaft zum Kampf ums Weiße Haus bekundet – der frühere Senator aus Massachusetts, Paul E. Tsongas.

Der habe immerhin den Vorteil, „daß er nicht einmal bei den Republikanern auf dem Radarschirm erscheint, weil niemand weiß, daß es ihn gibt“, höhnte Wesley Pruden, Chefredakteur der konservativen *Washington Times*.

Frühestens zum Labor Day, dem ersten Montag im September, kann der unbekannte Außenseiter mit Konkurrenz rechnen. Dann dürften der eher konservative Gouverneur von Arkansas, Bill Clinton, der Parteilinke Tom Harkin aus Iowa oder der schwarze Gouverneur von Virginia, Douglas Wilder, bekanntgeben, ob sie gegen Bush antreten.

Auch Tennessee-Senator Albert Gore, vor vier Jahren einer der erfolglosen „sieben Zwerge“, und sein durch die Ermittlungen über die Pleitebank BCCI bekannter Kollege aus Massachusetts, John Kerry, zögern ihre Entscheidung noch hinaus.

Bislang kneifen die politischen Schwergewichte der Demokraten. Jüngster Ausfall ist der Schwarzenführer Jesse Jackson. Er will, so verrieten vorige Woche seine Freunde, lieber Fernseh-Talkmaster beim Nachrichtenkanal CNN werden, als einen dritten, vermutlich wieder erfolglosen, Anlauf als demokratischer Präsidentschaftsbewerber zu machen.

Zuvor hatten schon der Mehrheitsführer im Washingtoner Repräsentan-



Präsidentschaftsbewerber Tsongas: Warten auf die Konkurrenz